

**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 14. November 2016**
in der Gemeindehalle in Rudersberg

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

85 Kreisrätinnen und Kreisräte:

Nopper (bis 16:05 Uhr)

Entschuldigt:

Fazio, Häffner, Meßmer, Schäf, Ostfalk

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich

Kreiskämmerer Geißler

Dezernentin Hülle

Sozialdezernentin Bittinger

Regierungsdirektor Dr. Zaar

Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer:

Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:30 Uhr

§ 1

Haushaltsreden und Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2017

Bereits übersandte Drucksachen: 2016-104-KT17.10., 2016-104a-KT17.10., 2016-105-KT17.10., 2016-106-KT17.10., 2016-107-KT17.10., 2016-99-VSKA26.09.

Kreisrätin Dr. Fleischer führt für die **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, sehr verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverwaltung und der Gesellschaften des Kreises, liebe Gäste,

die Gemeinden können in diesem und im nächsten Jahr - wie auch Bund und Länder - mit zusätzlichen Einnahmen rechnen, so Bundesfinanzminister Schäuble. Es sieht also gut aus. Wenn ich mir dann den uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf des Rems-Murr-Kreises anschau und die Schulden-situation - heute und die Schulden-situation zukünftig - dann ist mir nicht ganz wohl dabei.

Wir haben inzwischen zwar eine Verbesserung des Haushalts um gut 8,8 Mio. Euro. Das weckt aber bei dem Einen oder der Anderen schon wieder Begehrlichkeiten. Das werden wir sicher in allen Reden hören.

Wir sehen im Haushalt allerdings immer noch einige erhebliche Risiken. Auf die werde ich gleich kommen.

In manchen Bereichen wurden zu geringe Kosten angesetzt und in anderen Bereichen zu hohe Erstattungen. Muss der Kreis die Gemeinden durch Rechenspiele entlasten und selbst so hohe Risiken tragen? Wir erwarten eine solide Aufstellung des Haushalts und kein Wegducken vor heute schon kalkulierbaren Risiken.

Aber fangen wir beim Positiven an:

Den Rems-Murr-Kreis kann man in vielen Bereichen mit Fug und Recht als Vorzeige-Landkreis bezeichnen:

Als erstes möchte ich unser **Klimaschutzkonzept** hervorheben. Mit einem vielfältigen Maßnahmenbündel verfolgen wir das Ziel konsequenter CO₂-Einsparungen. Auf der Fahrt wurde vorhin im Radio von der Klimaschutzkonferenz in Marokko gesprochenen. Es hieß dass der CO₂-Ausstoß weltweit ungefähr gleich geblieben ist, ist keine gute Nachricht und die schlechte Nachricht, in Euro-

pa steigt der CO₂-Ausstoß wieder an. Dabei haben wir nicht nur Energieeinsparungen bei den kreiseigenen Liegenschaften und den Ausbau erneuerbarer Energien im Blick, sondern auch Bildungsmaßnahmen für Schulen und für private Haushalte. Vorbildlich ist auch unsere Biogasvergärungsanlage in Backnang-Neuschöntal. Wir Grünen waren schockiert, wie schnell manche Fraktionen bei konkreten Maßnahmen gleich von unseren Klimaschutzzielen Abstand nehmen wollten. Ich erinnere daran: Sie sind einstimmig verabschiedet worden. Unsere Klimaschutzziele aufzuweichen, halten wir Grünen für fatal. Vielmehr ist es wichtig, das Konzept weiter zu entwickeln, nicht rückwärts. Wir bedauern sehr, dass es im Bereich der Windkraft nur schleppend voran geht. Unserer Meinung nach kann und muss die Windkraft einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten. Auch hier im Rems-Murr-Kreis!

Wenn es um die Sanierung des Schullandheims Mönchhof geht, setzen wir uns zwingend für eine energetische Sanierung mit einer modernen Holzpellet-Heizung ein. Bei der Diskussion um die unerwartet hohen Kosten der Sanierung und nun doch möglichen Einsparungen fordern wir eindringlich dazu auf, nicht auf Kosten des Klimaschutzes zu sparen. Beim Mönchhof eingesparte Sanierungsmittel sind auf jeden Fall an anderer Stelle für den Klimaschutz zu verwenden. Darauf bestehen wir! Parallel zur baulichen Sanierung ist auch ein neues Nutzungskonzept zu erarbeiten. Daran beteiligen wir uns gerne. Für uns Grüne ist auf jeden Fall klar, dass der Mönchhof eine Ferien- und Bildungseinrichtung des Landkreises bleiben soll.

Zurzeit erarbeiten wir im Kreis ein Radwegekonzept. Aus Sicht der Autofahrer mag der Bedarf nach schnellen und sicheren Radwegen und guten Verbindungen nicht so groß sein. Aus eigener Erfahrung sind weitere Verbesserungen an den Radwegen unbedingt notwendig. Denn ein Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel funktioniert nur dann, wenn sie alltagstauglich und sicher sind, sowohl die Radwege als auch die Verkehrsmittel.

Auch im touristischen Bereich werden sich damit neue Chancen ergeben. Denn zukünftig werden immer mehr Menschen im Kreis auch mit Pedelecs und e-bikes unterwegs sein.

Als zweites nenne ich die **Krankenhaussituation**

Andere Kreise fangen gerade erst an, sich um die Neustrukturierung ihrer Krankenhäuser zu kümmern. Wir haben diesen Schritt bereits gemacht und haben uns bewusst für ein Krankenhaus der Regel- und Zentralversorgung entschieden. Die Rems-Murr-Klinik bietet der Bevölkerung mit den Standorten Winnenden und Schorndorf ein breites Spektrum an medizinischer Versorgung. Dank eines hohen medizinischen Niveaus sind wir nun auch Lehrkrankenhaus der Uni Tübingen. Damit

haben unsere Kliniken eine hohe Attraktivität sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für hoch qualifiziertes medizinisches Personal. Die Patientenzahlen entwickeln sich in unseren Krankenhäusern so gut, dass mittlerweile eine Erweiterung notwendig ist. Wir unterstützen daher die Forderung an das Land, die zusätzlich erforderlichen Planbetten und die entsprechenden Finanzierungen anzuerkennen. Wir sind damit auf einem guten Weg, das jährliche Defizit der Krankenhäuser nach und nach besser in den Griff zu bekommen. Doch neben den baulichen, organisatorischen und finanziellen Belangen möchten wir, dass in den Kliniken auch mehr Wert auf die weichen Faktoren gelegt wird. Dies sind insbesondere die Atmosphäre, die Information und die Kommunikation. Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten sowie mit deren Angehörigen.

Eine gute Kommunikation ist unabdingbar – überall.

Für eine zukunftsfähige Verwaltung wird zurzeit viel umstrukturiert und mit einer gezielten Qualitäts-offensive wird das Thema 'Führung' nun konsequent angegangen. Es ist wichtig, die Menschen dabei mitzunehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch das Führungspersonal selber. Umstrukturierungen, Neuorganisationen und jede Art der Veränderung erzeugen bei den Mitarbeitenden oftmals Skepsis. Die kann sogar in Ablehnung oder in Verlustängsten und damit in Demotivation münden. Daher ist ein sensibler und offener Umgang miteinander notwendig. Mitarbeitende, die zu wenig Wertschätzung erfahren und das Gefühl haben, ständig durch Neustrukturierungen in Frage gestellt zu werden, können ihr Leistungspotential nicht ausschöpfen. Das kann nicht im Interesse einer funktionierenden und effizienten Verwaltung sein. Durch die neue Aufbauorganisation und die neuen Dezernatszuschnitte kommen zusätzliche Personalkosten in Höhe von 3,5 Mio. Euro auf uns zu. Sei es durch Höhergruppierungen oder Neueinstellungen. Ein Großteil der neuen Stellen ist im Sozial- und Jugendbereich zu finden. Diese Bereiche wurden in den letzten Jahren vernachlässigt und müssen nun nach und nach neu aufgestellt werden. Dazu liegen aussagefähige und fundierte Gutachten und Berechnungen vor.

Uns liegt nun der bereinigte Stellenplan vor. Dafür herzlichen Dank! Leerstellen - also nicht besetzte Stellen - sollte es hier nicht mehr geben. Daher fragen wir uns schon, wie dann noch globale Minderausgaben in Höhe von rund 1,0 Mio. Euro für Personal- und Sachkosten möglich sein sollen. Wir sehen hier ein Risiko. Zusätzliches Personal muss wirken, wie Sie in Ihrer Haushaltsrede betonen, Herr Landrat. Das gilt aber für alle Bereiche, nicht nur für den Sozialbereich.

Als drittes positives Beispiel nenne ich die **Flüchtlingsunterbringung und den Wohnungsbau:**

Die große Zahl an Flüchtlingen, die Schutz vor Krieg, Terror, Elend und Verfolgung suchen, bringt uns an Leistungsgrenzen und ist nicht immer problemlos. 2015 war hoffentlich ein Ausnahmejahr.

Auch in unserem wohlhabenden Land gibt es Grenzen der Möglichkeiten und eine europäische Lösung steht immer noch aus. Aber welche Grenzerfahrungen mussten die bei uns angekommenen Flüchtlinge gemacht haben, damit sie ihr Land verlassen? Trotzdem gibt es immer noch die bekannten Gruppierungen, die gegen die Flüchtlinge agitieren und Fremdenfeindlichkeit schüren, wo sie nur können. Mit Hass und Angstmake löst man keine Probleme. Hier müssen wir klare Kante zeigen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einstehen. Was Politik und Zivilgesellschaft für die Flüchtenden Hervorragendes geleistet haben und noch leisten - darauf können wir hier im Kreis wirklich stolz sein. Für 5.000 geflüchtete Menschen haben die Landkreisverwaltung innerhalb kürzester Zeit die Unterbringung und Betreuung vorbildlich organisiert. Dafür musste neues Personal eingestellt werden. Gleichzeitig wurde die Betreuung auch an soziale Träger übergeben. Wir bitten die Verwaltung, neue Stellen mit einem kw-Vermerk zu versehen, da bei rückläufiger Flüchtlingsunterbringung diese Stellen nicht mehr notwendig sind. Das Engagement für die Unterbringung der Flüchtlinge bei uns im Kreis ist beispielhaft, ich kann es immer wieder betonen, wenn nicht einzigartig. Was uns besonders beeindruckt ist, dass nicht eingleisig auf die Flüchtlingsunterbringung geschaut wird, sondern gleichzeitig der Wohnungsbedarf unserer Bevölkerung im Gesamten in den Blick gerückt wird. So werden Konzepte erarbeitet, mit denen dem fehlenden Wohnraum für Bedürftige - unabhängig von deren Herkunft - entgegen gewirkt werden kann. Mit innovativen Ideen haben wir somit gleichzeitig den Fokus auf die aktuelle Unterbringung der Flüchtlinge als auch auf den Sozialen Wohnungsbau gelegt. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt.

Ich möchte auf die anfangs schon erwähnten Risiken eingehen, die wir im Haushaltsplan, insbesondere im Sozialhaushalt sehen:

Bereits zum 1. Januar 2017 wird mit der ersten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes gerechnet. Daraus resultieren Verbesserungen für die Leistungsempfänger, wodurch Mehraufwendungen für den Kreis zu erwarten sind. Die Verwaltung plant jedoch keinerlei Mehrkosten ein. Wir halten es aber zur Vermeidung eines Haushaltsrisikos für unerlässlich, einen Mehraufwand einzuplanen, das geht in die Millionen. Für die Erstattung von Kosten der Unterbringung als 2. Risiko, für Leistungsbezieher auf der Grundlage von SGB II wurden zusätzliche Mittel im Sozialhaushalt eingeplant. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen rechnet das Landratsamt mit einer Zunahme von knapp 1.200 Bedarfsgemeinschaften im Kreis. Ich zitiere: 'Aus Gründen der Sparpolitik wurde jedoch bewusst nur ein Übergang mit 670 Bedarfsgemeinschaften einkalkuliert'. 'Und was machen wir mit dem Rest?' Somit fehlen in der Haushaltsplanung die Kosten für rund 500 Bedarfsgemeinschaften, auch wieder ein Millionenbetrag. Für die Versorgung, Unterkunft und Betreuung von Flüchtlingen sind den Landkreisen erhebliche Kosten entstanden, als nächstes Risiko. Die Landesregierung hat eine weit-

gehende Erstattung der Kosten durch Spitzabrechnung zugesagt. Wir hoffen, dass dem Kreis all die veranschlagten Kosten zu 100 % erstattet werden, muss aber nicht sein. Ansonsten hätten wir hier bei einer Forderung von insgesamt 41,9 Mio. Euro ein weiteres hohes Haushaltsrisiko. Natürlich hoffen wir, dass die Regierung das so macht, dass das Land das zahlt. Aber wir wollen hier nicht hoffen, sondern einen soliden Haushaltsplan aufstellen. Sollen wir - das heißt der Kreis – wirklich auf all diesen Risiken sitzen bleiben? 'Ja?', wir sehen das anders.'

Politisches Engagement bedeutet mehr als Haushaltsfragen. Neben den finanziellen Herausforderungen ist es uns wichtig für unsere Werte einzustehen – diese nicht zu vernachlässigen. Einen Wert, für den wir Grüne schon von Anfang an stehen, ist der Umwelt- und Naturschutz. Beispielhaft möchte ich die Biodiversität nennen. Vielleicht können andere Fraktionen irgendwann den Begriff Biodiversität auch nicht mehr hören, so wie sie die Begriffe Nachhaltigkeit oder Leuchtturmprojekte nicht mehr hören können oder hören wollen. Für uns bleibt das, was hinter dem Begriff Biodiversität steht aber weiterhin wichtig. In meiner Kindheit gab es so viele Schmetterlinge. Ich hab diese auch gesammelt, aber überlegen Sie mal, wie viele Schmetterlinge früher an Blütenrispen zu sehen waren. Wir hatten Schmetterlinge ohne Ende. Wir haben in diesem Jahr viele Blütenpflanzen angepflanzt, da hatte ich zwei Schmetterlinge und das waren zwei Kohlweißlinge. Das ist Biodiversität in der heutigen Zeit - ich glaube da muss man was machen. Auch die Wildbienenarten gehen massiv zurück. Wildbienen sind auch nicht nur für uns, weil es so schön ist und weil man sie sammeln kann, sie haben auch Auswirkungen auf die Natur, den Naturhaushalt und die Landwirtschaft. Und damit auch auf die Sicherung unserer Ernährung. Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass wir uns auf Kreisebene, in den Gemeinden, in der Landwirtschaft und in Privatgärten neben den vielen anderen Pflichtaufgaben viel intensiver auch für Biotop und für die Vernetzung dieser Biotop einsetzen müssen.

Nun komme ich zur entscheidenden Frage:
Was meinen die Grünen zur **Kreisumlage**?

Ich habe eben die Risiken aufgeführt, natürlich wollen auch wir Grünen, dass die 8,8 Mio. Euro ordentlich aufgeteilt werden, wir wollen aber auch die Risiken reduzieren. Wir wollen zum anderen, dass von der Netto Neuverschuldung 1,1 Mio. Euro, die zurzeit angesetzt wird, dass sie auf jeden Fall rausgenommen wird. Wenn wir die Risiken zusammen zählen bleibt noch ein Rest, den wir auf uns verteilen werden. Die Gemeinen werden jetzt aufstehen und sagen, ja prima, das gehört alles uns. Irgendwann haben sie mal von 50:50 erzählt, wir können dann vorschlagen, wir machen von

dem Rest, wenn unsere Risiken abgedeckt werden, wenn es keine Neuverschuldung gibt, dann können wir 50 502 gerne machen, in diesem Jahr, und damit könnten wir auf eine Reduzierung einer Kreisumlage um 0,6 Prozent gehen, wir haben ja auch noch weitere Anträge, die uns Vorliegen von ca. 140.000 Euro. Wir wollen deshalb 3,1 Mio. Euro in die Reduzierung der Kreisumlage reinstecken. Sollte es in nächster Zeit noch Verbesserungen geben, was hoffentlich der Fall sein wird, wollen wir die Reihen für die Schuldentilgung setzen, weil neben der 3,1 Mio. Schuldentilgung brauchen wir zukunftsichere Planung, wie gehen wir mit unseren Schulden um.

Ich bedanke mich zum Schluss bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der kreiseigenen Gesellschaften für ihre gute Arbeit und für ihr Engagement. Und bei Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel, zusätzlich für Ihre guten neuen Ideen und die neue Sicht auf unseren Kreis. Vielen Dank.“

Kreisrätin Wilhelm legt für die **FDP-FW-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrter Herr Geißler,
meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltsdebatte 2017 - im letzten Moment wird daraus jetzt doch noch ein erhebender Moment: Für den Kreis, weil in letzter Sekunde noch knapp 8,9 Millionen Euro zusätzlich in die Kasse kamen. Für die Städte und Gemeinden, weil die frohe Botschaft heißt, dass wir weniger Kreisumlage erheben können als geplant. Die FDP/FW wird aus heutiger Sicht dem Vorschlag der Verwaltung folgen, die Kreisumlage auf 36,6 Prozent zu senken. Damit ist dann für unsere Kommunen schon ein bisschen Weihnachten und die Bürgermeister werden jubeln. Von Bürgermeister Hornek in Kirchberg weiß ich das als Gemeinderätin sicher.

Die FDP/FW-Fraktion freut sich aber vor allem über etwas Spielraum für die politische Gestaltung. Dafür sah es bei den ursprünglichen Zahlen recht eng aus. Jetzt wissen wir, wir nehmen deutlich über eine halbe Milliarde Euro ein, wir können aber auch über eine halbe Milliarde Euro ausgeben.

Damit sind für den Landkreis Größenordnungen erreicht, an die früher keiner gedacht hätte. Die Staaten Kirgisistan und Guinea haben wir damit auf alle Fälle schon mal überholt.

Für die FDP/FW-Fraktion darf ich Landrat Dr. Sigel, Kreiskämmerer Frank Geißler und deren Teams für die Aufstellung des Etats 2017 danken. Insbesondere dafür, dass sie es geschafft haben, aus den kurzfristigen Informationen des Landes noch am Freitag handfeste Daten zu errechnen, auf denen die frohe Finanzbotschaft fußt. Denn eines darf nicht unerwähnt bleiben: Die Landesregierung hat es nicht geschafft, den Haushaltserlass rechtzeitig vorzulegen, der eigentlich für die solide Aufstellung eines Etat notwendig ist. Sie hat es nicht geschafft, weil sie sich erst noch ein bisschen selbst bedienen wollte. Sie nimmt den Kreisen, Städten und Gemeinden im kommenden Jahr zusätzlich 250 Millionen Euro ab. Und sie wird in den folgenden Jahren sogar noch stärker zugreifen.

Wie groß die süße Versuchung ist, anderen in die Kasse zu greifen, wissen wir ja selber - die Kreisumlage ist unsere wichtigste Finanzierungsmöglichkeit. Wenn die Regierung aber kurz nach dem massiven Griff in die kommunalen Kassen über den Steuerstrom in die Landeskasse jubelt, stimmt uns das sehr bedenklich. Die Regierung schwimmt derzeit im Geld. Ich zitiere aus der Pressemitteilung des Finanzministeriums: 'Im Vergleich zum Entwurf des Haushalts 2017 ist von einem Plus in Höhe von 76 Millionen Euro auszugehen. Im Entwurf hatte die Landesregierung im Vorgriff auf die aktuelle Steuerschätzung bereits 270 Millionen Euro eingeplant. Das ist nahezu eine Punktlandung', sagte Finanzministerin Edith Sitzmann am Montag (7. November).'

Oder auf Deutsch: Das Land hat Millionen weggenommen, obwohl es wusste, dass es selber zusätzliche Millionen erhält. Solche Verhaltensweisen sorgen dafür, dass viele Menschen der Politik immer kritischer begegnen. Glaubt denn jemand ernsthaft, dass die Menschen nicht merken, was gespielt wird, wenn das Land 300 Millionen von den Kommunen fordert und dann mit 250 Millionen Euro zufrieden ist?

Dass wir als Kreis trotzdem zusätzlich trotzdem Geld bekommen, verdanken wir einer florierenden Wirtschaft, den steuerzahlenden Menschen. Wir bedanken uns herzlich bei allen Steuerzahlerinnen und -zahlern für diese zusätzlichen 8,9 Millionen Euro. Wir wüssten aber auch gerne, wie viel wir bekommen hätten, wenn die grün-schwarze Landesregierung nicht in die eigene Kasse gewirtschaftet hätte. Ich bin sicher Herr Kreiskämmerer Frank Geißler kann uns das beantworten.

Die zusätzlichen Millionen bringen unseren Haushalt nicht nur ins Lot, sie machen es auch möglich, dass wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger Akzente setzen, um in der Öffentlichkeit als Kraft wahrgenommen werden, die den Landkreis nicht nur verwaltet, sondern dessen Zukunft gestaltet. Lassen Sie mich dieses Ziel 'Rems-Murr-Kreis 4.0' nennen: Von der Industrie 4.0 wissen wir, dass der Einsatz digitaler Techniken Prozesse und Produktivität verbessert. Rems-Murr-Kreis 4.0 bedeutet, er macht es allen einfacher seine Dienste in Anspruch zu nehmen. Erspart Wege. Er erfüllt die Bedürfnisse der Bürgerschaft optimal.

'Die Verwaltung ist für den Bürger da', hat Herr Landrat Dr. Sigel in seiner Haushaltsrede formuliert. Wir wollen ihn beim Wort nehmen. Die Anträge der FDP/FW-Fraktion konzentrieren sich darauf, Akzente für Bürgernähe und Zukunft zu setzen. 'Bürgernähe' ist übrigens ein interessanter Begriff. Er stammt aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, gehört seitdem zu den gängigen Zitaten in Politikerreden. Aber ist sie Realität? Empfinden unsere Bürger den Staat, die Verwaltung als nah und vor allem als verlässlich? Wir wollen mit unserem Antrag zum Bericht über Digitale Verfahren eine Probe aufs Exempel machen. Seit über 20 Jahren wird davon gesprochen Online-Verfahren einzusetzen. Wir sind gespannt, wo unser Kreis wirklich steht und wir wollen, dass endlich Schwung in dieses Thema kommt.

Die CDU hat den Online-Verkauf von Müllmarken beantragt. Das ist ein Ansatz und die Aussage des Landrats 'wir müssen digitaler werden' ist ein Hoffnungsschimmer - aber wir müssen viel tiefer in der Verwaltung ansetzen: Online-Bauverfahren, Online-Autozulassungen und sicher noch viele weitere Optimierungsmöglichkeiten warten auf einen Kreis, der die Initiative ergreift. Der vor allem auch die technischen Möglichkeiten zusammen mit der Region schafft.

Hochgeschwindigkeitszugänge, sprich Breitbandausbau und -zugänge für alle im Kreis, sind ein Muss. Das Vorgehen von Kreis und Region ist uns als FDP/FW-Fraktion ein wenig zu zögerlich. Wenn es eine wirtschaftlich tragfähige Lösung gibt, muss diese rasch umgesetzt werden - lieber gleich Breitbandkabel statt erst noch Breitbandbeauftragte. Die FDP kämpft in der Region dafür. Wenn wir uns im Kreis alle darüber einig sind, können wir da sicher mehr Tempo erreichen.

Ich bitte das aber nicht misszuverstehen. Wir halten die Digitalisierung für wichtig, aber wir halten sie nicht für die allein selig machende Lösung. Beim Antrag auf Infopunkte in den Kommunen im Schwäbischen Wald haben wir durchaus die gute alte analoge Infotafel im Sinn. Denn diese hat den Werbe- und Marketingeffekt, den wir uns wünschen, weil sie auch ohne Handy sichtbar ist. Die Re-

gion hat mit den Stelen bei ihren Landschaftsparkprojekten gezeigt, wie wichtig diese Sichtbarkeit ist, um regionales, in unserem Fall wäre es mehr Kreisbewusstsein zu schaffen. Markante, sicht- und lesbare Infotafeln nutzen dem Smartphone-affinen Publikum auch: Sie machen die Infopunkte zum idealen Fotomotiv fürs Selfie.

Wenn ich vorhin davon gesprochen habe, dass wir uns mehr nach den Bedürfnissen der Menschen richten müssen, meinen wir als Fraktion alle Bedürfnisse, auch die besonders menschlichen. Derzeit muten wir Menschen zu, sich als Autofahrer, S-Bahn-Nutzer oder -Nutzerin oder sonstiger Verkehrsteilnehmer buchstäblich in die Büsche schlagen zu müssen, wenn es darum geht, eine Notdurft zu verrichten. Wir müssen uns um dieses Thema kümmern, denn Staus und Verspätungen im Berufsverkehr vergrößern dieses Problem. Wir müssen uns darum kümmern, denn auch die Altersentwicklung schafft zunehmenden Bedarf. Und wir müssen uns um dieses Thema kümmern, selbst wenn wir als Kreis nicht unmittelbar zuständig sind: Denn unsere Aufgabe als gewählte Kreisräte und -rätinnen ist es auch, denen auf die Füße zu treten, die zuständig sind. Bahn, Land, Bund - oder wer auch immer.

Wir betreten da ein weites Feld. Aber warum nicht? Nehmen wir als Beispiele unsere Anträge auf verbesserte Information und Verkehrslenkung auf den Bundes- und Landesstraßen und zu zeitlich begrenzten Sonderausweisen für Verletzte und Erkrankte, die damit Behindertenparkplätze nutzen könnten. Klar haben wir das bisher noch nie so gemacht. Klar ist für die Bundesstraßen der Bund zuständig. Aber was hindert uns daran, Verbesserungen zu fordern? Hoffentlich nichts.

Wir müssen wieder offensiver werden. Auch das gehört für mich und für meine Fraktion zum Rems-Murr-Kreis 4.0. Wir müssen eigene Projekte formulieren: Unser Antrag die Fotovoltaik voranzutreiben, hat diesen Ansatz. Dem Energiebericht nennt sie einzigen Bereich mit massiven Steigerungsraten, die die Energiewende voranbringen könnten. Wir wissen aus dem Echo aus der Bürgerschaft, dass sie der einzige Bereich ist, der im Rems-Murr-Kreis breite Akzeptanz hat. Wir sehen das an der Nachfrage nach solchen Anlagen, die nur noch den entscheidenden zusätzlichen Schub brauchen. Wir stehen vor der Wahl: Wir können entweder auf die Menschen hören, die eine andere Energiewende wollen. Oder wir können sie in die Arme, derer treiben, die alles versprechen.

Wohin solches Verhalten führt, erleben wir in diesen Tagen. Wir sind Teil dieser Entwicklung. Wir alle stehen bei den Haushaltsentscheidungen wie bei anderen Kreistagsdebatten immer vor der Frage, ob wir das vertreten, was die Menschen denken und wollen. Wir sind gefordert, unsere Posi-

tionen klar auszudrücken. In der Bibel steht 'Eure Rede sei kurz - ja, ja, ja, nein, nein, nein' - ganz so kurz kriegen wir es natürlich nicht hin, aber klare Botschaften sind schon möglich.

Lassen Sie mich die letzten Sätze dieser Rede dafür verwenden, zu zeigen, wie wir als FDP/FW-Fraktion dafür sorgen wollen, dass die Menschen wissen, woran sie mit uns sind:

Thema Sicherheit: Wir sind dafür, dass das Lagezentrum der Polizei in Waiblingen bleibt, weil es gut funktioniert und ein Neubau eine sinnlose Geldausgabe wäre.

Thema Personalaufwand: Wir tragen die 103 zusätzlichen Stellen für 2017 mit. Aber wir verlangen, dass alle Einnahmemöglichkeiten konsequent ausgeschöpft werden.

Thema Krankenhäuser: Für uns ist klar, dass die Rems-Murr-Kliniken auf Dauer ein Zuschussbetrieb bleiben. Das Zwei-Standorte-Konzept steht. Jetzt gilt es, das Defizit auf zwei Prozent der Kreisumlage zu senken. Wir kritisieren die Landes- und die Bundespolitik, die die Krankenhäuser zu ihrem Spielball macht, und fordern eine kostendeckende finanzielle Ausstattung, um die gesundheitliche Versorgung unserer Menschen sicherstellen zu können.

Thema Zuschüsse: Wir tragen mehrheitlich den 300.000 Euro Zuschuss an die Welzheimer-Wald-Bahn mit, weil er zu unserem Wunsch passt, den Fremdenverkehr im Schwäbischen Wald zu fördern.

Thema Straßenunterhalt: Wir müssen für funktionsfähige Kreisstraßen sorgen und dem Land nachhaltig auf den Füßen stehen, dass es seine Pflichten bei den Landesstraßen erfüllt.

Thema Flüchtlinge: Die Kreisverwaltung hat gezeigt, dass wir das schaffen. Aber weder Bund noch Land dürfen sich auf unseren Lorbeeren ausruhen und den Kreis hängen lassen.

Was zum Oberthema Geld führt: Wir verlangen verlässliche Rahmenbedingungen. Dass ein Kreishaushalt bei der Debatte über ihn, noch nicht endgültig feststeht oder erst heute Morgen telefonisch, ist ein Unding. Bei aller Freude über die Mehreinnahmen, das verstößt gegen die deutschen Kerntugenden Pünktlichkeit und Verlässlichkeit. Das können wir uns nicht leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

Kreisrat Sczuka nimmt für die **CDU-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
liebe Praktikantinnen und Praktikanten des Einführungslehrgangs,
werte Zuhörerinnen und Zuhörer,
werte Vertreter der Presse,

Amerika hat gewählt, Heilbronner Klinikverbund schließt 2 Standorte,
aktuelle Meldungen der letzten Tage, natürlich örtlich etwas unterschiedlich, doch was hat das mit dem Kreishaushalt zu tun?

Sehr viel: beschreibt dies doch weltpolitische Veränderungen, die anstehen und auch Auswirkungen auf den Rems-Murr-Kreis haben können, oder auch kleinräumigere örtliche Situationen, die der Rems-Murr-Kreis schon hinter sich gebracht hat.

Es ist der 2. Haushalt, der von Landrat Dr. Richard Sigel eingebracht hat. Und wir möchten konstatieren: es ist ein Haushalt, der **fair** mit der kommunalen Seite umgeht: dem Landkreis und den Städten und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis. Wir danken deshalb ausdrücklich dem Landrat für den vorgelegten Haushaltsplan und dem Vorschlag, die Kreisumlage nicht so drastisch zu erhöhen, wie es bei Beibehaltung des Hebesatzes des Jahres 2016 gewesen wäre. Doch auch mit dem **zunächst vorgeschlagenen Hebesatz soll die Kreisumlage um 17,56 Mio Euro steigen** – doch später mehr. Und dies sind ja noch bekanntermaßen die alten Zahlen.

Doch schauen wir uns den 'Halbemillarden-Haushalt' des Kreises einmal näher an.

Flüchtlingsunterbringung:

Wir stellen fest, dass der Rems-Murr-Kreis zusammen mit den Städten, Gemeinden und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern verlässlich die Aufgabe bewältigt hat. Es gilt nun, die ca. 42 Millionen Euro Erstattungsanspruch gegenüber dem Land zeitnah zu realisieren. Wir erwarten genauso verlässlich die Erstattung aus der Spitzabrechnung auf demselben Niveau wie unser Handeln in der praktischen Umsetzung der Aufgabe. Der Stichtag zur Antragstellung für das erste Erstattungsjahr 2015 war der 31.10.16. Nun wird sich zeigen, was künftig an Erstattungen erwartet wer-

den darf und welche Aufwendungen nicht erstattungsfähig sind. Die Forderung der Spitzabrechnung geht im Übrigen über das Jahr 2016 hinaus und muss untermauert werden. Der Verwaltung und dem Krisenstab und allen Verantwortlichen Personen, auch in der Kreisbaugruppe, wollen wir unser Lob und Dank aussprechen für die nicht immer einfachen und oft vor Ort emotional geführten Diskussionen. Angemerkt sei aber auch, dass nun die eigentliche Herausforderung erst auf die Städte und Gemeinden zukommt: die Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge, angefangen beim Wohnraum und Sprachförderung bis hin zur Arbeitsplatzbereitstellung. Daher kommen übrigens auch die Bedarfsgemeinschaftszahlen. Wir denken auch nicht, dass alle in Bedarfsgemeinschaftszahlen fallen, sondern auch in Lohn und Brot entsprechend fallen und ihren eigenen Lebensunterhalt bewerkstelligen können.

Der Sozialhaushalt

umfasst das größte zu finanzierende Teilvolumen des Haushaltsplans. In diesem Bereich sind auch einige Anträge enthalten, die in den Ausschüssen beraten werden.

Ernüchtert stellen wir fest, dass wir *fast* den höchsten sozialen Zuschussbedarf aller Landkreise je Einwohner haben mit 430,00 Euro - nur der Landkreis Böblingen hat einen noch höheren Bedarf mit 435,00 Euro. Allerdings ist nicht erkennbar, wie weit diese Zahlen vergleichbar sind. Das neue Haushaltsrecht soll hier ja Möglichkeiten bieten. Wir sind mal gespannt, ob dies wirklich so sein wird.

Im Bereich der **Jugendhilfe**:

ist eine Steigerung der Entgeltabrechnungen i.H.v. + 4,2 % bei den freien Trägern eingerechnet. Dies umfasst die tariflichen Steigerungen und es ist mehr als nur unser partnerschaftliches Verhalten, diese Tarifsteigerungen auszugleichen. Dank an die freien Träger, die hier wertvolle subsidiäre Unterstützung bei der Bewältigung der Kreisaufgaben leisten.

In diesem Haushaltsabschnitt ist auch wegen der Umsetzung des Organisationsgutachtens der größte Personalmehrbedarf festzustellen. Ausdrücklich wollen wir aber auch an dieser Stelle anmerken, um falsche Schlüsse aus der Vergangenheit zu vermeiden:

der frühere Amtsleiter Peter Wieland hat mit seinem damaligen Team hervorragende und vorbildliche Arbeit geleistet. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben damals wie heute sich enorm eingesetzt, um die Jugendarbeit fortzuentwickeln. Wir hatten in dieser Zeit eine hervorragende Ju-

gendplanung, die heute so nicht mehr vorhanden ist. Auch die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir zollen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Aufgabenbereich des Jugendamts unseren Respekt im Dienst der nicht immer einfachen Aufgaben.

Nun schon zu einzelnen Anträgen ein paar Bemerkungen, die noch in den Ausschüssen näher behandelt werden.

Anträge Pro Familia:

hier sehen wir schon ein grundsätzliches Problem, dass es innerhalb des Kreises und unterschiedlicher Träger zu nicht gleichmäßigen Behandlungen kommt. So bietet Pro Familia Familienhebammen nicht flächendeckend an, überall, außer im Altkreis Backnang, ohne Murrhardt, da dort Aktivitäten vorhanden sind. Der Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang erhält seither hierfür keine Unterstützung. Es sollte konzeptionell eine Aussage im Ausschuss getroffen werden, ob diese Aufgabe kreisweit vom Landkreis wahrzunehmen ist, und falls ja, wie sich die Finanzierung aller Träger gleichmäßig regeln lässt.

Noch schwieriger ist die Situation bei der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung. Hier gab es vor Jahren eine strikte Trennung der Aufgaben und das Land finanziert seither diese Stelle bis auf einen kleinen Anteil, den der jeweilige Träger bringen muss. Auch hier haben wir eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Träger im Landkreis, dies ist auch am Antrag des **Vereins Kinder- und Jugendhilfe Backnang** zu erkennen, der nun vorliegt. Aber auch die **Caritas** hält dieses Beratungsangebot vor. Es ist deshalb die Frage, welche Institutionen es noch gibt mit einem Angebot in diesem Bereich, und der Landkreis sich eigentlich aus der Finanzierung komplett heraushalten sollte, weil damals die psychologischen Beratungsstellen im Gegenzug ganz dem Kreis zugefallen sind.

Deshalb wird auch der Antrag von **Caritas** unterstützt, die Tarifierhöhung beim Sozialpsychiatrischer Dienst zu tragen, ebenso wie bei der **Erlacher Höhe** für diesen Aufgabenbereich, da dies der Landkreis finanzieren muss.

Nicht schlüssig ist die Zahl der **Computer beim Kreisjugendring** und die Forderung nach der EDV-Betreuung hierfür. Die Kosten erscheinen sehr hoch und müssen im Ausschuss hinterfragt werden.

PräventSozial gGmbH hat zwei Anträge gestellt, wobei bei den Betreuungsweisungen der Bedarf und die Anerkennung klar für uns ist, jedoch bei BICO eine Deckelung zu hinterfragen ist, weil dort die Fallzahlen doch sehr gering sind und einen sehr großen Aufwand verursachen.

Das Gemeinschaftsprojekt von **Kreisdiakonieverband und Caritas** mit **HaLT** wird befristet auf 2 Jahre mitunterstützt. Zu der danach folgenden Evaluation gehört aber auch die kritische Nachfrage, dass die anderen Kostenträger mehr miteinspringen sollten.

Überhaupt nicht ins Bild passen 'nice to have Projekte' wie das der Evang. Stadtkirchengemeinde Schorndorf im kulturellen Bereich und so etwas werden wir auch nicht unterstützen.

Stand der Aufgabenerfüllung bei **Investitionen, Abbau des Sanierungsrückstaus und dem Klimaschutzkonzept:**

Sehr umstritten bereits im Vorfeld war die Finanzierung der KS 1 – Maßnahme des Klimaschutzkonzepts. Richtig, wir haben alle weil wir das Klimaschutzprojekt wollen, dem Klimaschutzkonzept insgesamt zugestimmt. Das heißt aber nicht, dass wir bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen nachfragen. Die Finanzierung des Umbaus beim Mönchhof mit 1,8 Mio Euro, um einen Zuschuss von 250.000 zu erhalten. Hierbei sind 800.000 Euro finanziert aus Mitteln des Abbaus beim Sanierungsstau. Wir sehen aber keine wesentliche Verbesserung, die diesen exorbitanten Geldeinsatz rechtfertigt. Mit Steuermitteln sollte so umgegangen werden, wie man mit eigenen privaten Mitteln beim eigenen Häusle auch umgehen würde. Leuchttürme gibt es nur an der Nord- und Ostsee, wir müssen hier keine bauen. Dank an die Kreisverwaltung für die Möglichkeit der Besichtigung am vergangenen Montag für diejenigen, die den Mönchhof noch nicht im Detail gekannt haben. Diejenigen die vor Ort waren erhielten die Bestätigung, dass unsere Zweifel an der Dringlichkeit des Gesamtpaktes gerechtfertigt waren und es um den Zustand der Einrichtung nicht so schlecht bestellt ist. Eine Retardierung des Sanierungspakets auf das Notwendige, wie von uns vorgeschlagene, hätte einen zweifach positiven Effekt zur Folge. Einerseits würden die kalkulatorischen Betriebskosten des ohnehin defizitären Schullandheims nicht unnötig in die Höhe getrieben und andererseits stünden die freiwerdenden Mittel aus dem Klimaschutzprogramm für dringendere effizientere Maßnahmen zur Verfügung. Mit dem Schullandheim-Betrieb kann sofort begonnen werden, sobald die Sanierungen umgesetzt sind, die bedingt durch die Flüchtlingsunterbringung gemacht werden müssen und vom Land erstattet werden.

Geld zum Abbau des ca. 50 Millionen Euro umfassenden Sanierungsrückstaus sollte sinnvoller eingesetzt werden. Und wir müssen nach sinnvolleren Maßnahmen sehen, die auch dem Klimaschutz dienen. Wir beantragen die Erarbeitung eines **Fuhrparkkonzepts**, in dem die jetzigen Gesamtausgaben für Dienstwagen des Landkreises und Privatfahrzeugen, die zur dienstlichen Nutzung zugelassen sind. Im Hinblick auf E-Autos und ein sinnvolles Fuhrparkmanagement ist hier nicht nur Einsparpotential, sondern auch klimaschonendes Verhalten möglich. Dies wird in der Zukunft auch noch effizienter möglich sein, wenn das **Immobilienkonzept** der Kreisverwaltung umgesetzt ist und die Standorte in Waiblingen optimiert sind. Auch hier sind im Hinblick auf sinnvoll einzusetzende Finanzierungsmittel bisher nur kleinere Anschubfinanzierungsbeiträge im Bereich des Neubaus beim Parkdeck und der Kernsanierung des Pagodenbaus eingestellt. Das Gesamtimmobilienkonzept geht im Übrigen auf einen Antrag von uns in der letzten Haushaltsberatung hervor.

Auch beim **Verkehr und ÖPNV** warten Aufgaben auf den Rems-Murr-Kreis.

Der 15-Mi S-Bahn-Takt in der Region ist über die Verkehrsumlage mitzufinanzieren, wobei hier nur noch max. 4 Mio Euro nicht finanziert sind, wenn die Regionalisierungsmittel entsprechend bei der Region ankommen. Ein Bedarf ergibt sich für den Kreis bei den Überlegungen zur Anbindung der Busse auf die zusätzlichen S-Bahnen. Wir beantragen daher einen **Bericht** auf die Auswirkungen auf den Kreisnahverkehrsplan und evtl. Konsequenzen auf die Busanschlüsse an den S-Bahn-Standorten.

Bei den **Kreisstraßen** kommen wir mit einem Invest von 3 Mio Euro und 356,1 km Kreisstraßennetzlänge unserer Verpflichtungen nach.

Ein weiterer wichtiger Verkehrsweg der Zukunft ist das **Breitband**. Jeder Kreis in der Regionalen Landschaft soll einen Kümmerer haben. Dies ist auch mit Augenmaß der richtige Weg, es sollten keine weiteren Personalstellen in den Verbundlandkreisen aufgebaut werden und es ist zu prüfen bei der Erfüllung der Aufgabe, wie die Städte und Gemeinden bei der eventuellen Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht vergessen werden und Einfluss und Mitsprache sichergestellt bekommen.

Die CDU-Kreistagsfraktion steht auch hinter der Investitionsförderung zur Sanierung des **Laufmühlviadukts**. Ursprünglich waren einmal 400.000 Euro vorgesehen, nun kann mit einer Variante und einem Zuschuss von 300.000 Euro die Sanierung erfolgen. Denn egal ob die Waldbahn fährt

oder nicht: der Rems-Murr-Kreis ist in der Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht. Zualler-
letzt, zuallerallerletzt, niemehr. Wir werden sehen...

Die **Finanzen** liegen natürlich besonders im Blickpunkt.

Die Steuerkraft der Städte und Gemeinde im Rems-Murr-Kreis steigt um 11 %, und wir danken der Kreisverwaltung, dass sie die Zusage umgesetzt hat, die sogenannte 50:50-Regelung im Rahmen des Haushaltsentwurfs darzustellen. Durch die nun zusätzlichen Mittel über die Kopfbeträge unter Einigung bei den Landesfinanzen kam nun dieser zusätzliche Geldsegen auf uns zu und wir können die Darstellung nicht nur zeigen, sondern wir können sie umsetzen. Doch die kommunale Hochzeit ist nicht nur in guten Zeiten, sondern in schlechten Zeiten ebenfalls einzuhalten.

Zur Haushaltslage gilt es aber auch festzustellen:

im Jahr 2015 ging man im Haushaltsansatz von einem Verlust aus. Das Rechnungsergebnis war positiv – insgesamt 10,8 Mio Euro an Verbesserungen.

Die Verbesserung des Ergebnishaushalts 2016 beträgt + 6,8 Mio Euro.

Verbesserungen sind auch durch die Beschlüsse der Bundesregierung unmittelbar in den Rems-Murr-Kreis geflossen. Aus dem 1,5 Mrd-Paket verbleiben 3,8 Mio Euro im Rems-Murr-Kreis, herzlichen **Dank an dieser Stelle an die Bundesregierung**. Man sieht es sind etliche Millionen zusätzlich, die uns Spielraum geben. Die Kopffzahlen sind gestiegen, aber unsere oberste Aufgabe im Kreis muss es sein, die Ausgaben zu hinterfragen, auch im Laufe eines jeden Haushaltsjahres und die Einnahmen zu erhöhen in den Bereichen, in denen es möglich und vertretbar ist.

Wir gehen davon aus, dass die Kreisverwaltung weiterhin so sparsam mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wirtschaften wird und wir wollen den **Hebesatz**, der nun in diesem Spielraum ermöglicht ist, von **36,6 % unterstützen und beantragen**.

Weiterhin stehen wir zu der Beschlussfassung aus dem Schuldenabbaukonzept vom 12.12.2011, dass Verbesserungen die entstehen, in die Schuldentilgung Einfluss finden.

Deshalb freuen wir uns, dass dieser neue Hebesatz von 36,6 % auch, welchen wir mitunterstützen werden, die Reduzierung der Neuverschuldung um 1,6 Mio Euro ermöglichen.

Wir stellen zusätzlich folgenden **Antrag**: Die Kreisverwaltung wird beauftragt, ein **Schuldenabbaukonzept** dergestalt zu erarbeiten, dass mit den Städten und Gemeinden der Kontakt aufgenommen wird in Form einer Sonderumlage oder zumindest Sonderrechnung wie bei der Verwaltungsreform. Der Rems-Murr-Kreis wird es mit seinen Klinikbetrieben erreichen, mittelfristig im operativen Geschäft eine schwarze Null zu erwirtschaften. Wir sind stolz, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Front bei den Patienten stehen, so gute Arbeit leisten. Nichtsdestotrotz ist der Gesamträgerzuschuss des Kreises exorbitant hoch und hier müssen wir eine Darstellung finden im Rahmen eines Schuldenabbaukonzepts wie wir das entsprechend darstellen können.

Gespannt sind wir auf die Diskussion über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur **Gremienarbeit und den Unterkommissionen**. Hier geht es nicht nur um Kostenaspekte, die nur marginal sein werden, aber es geht in die richtige Richtung die Arbeit transparent in die Ausschüsse zu bringen.

Durch die nun eingetretenen finanziellen Verbesserungen zur weiteren Absenkung des Hebesatzes der **Kreisumlage auf 36,6 %** gehen wir davon aus, dass keine weiteren Vorschläge erforderlich sind, und dieses Signal senden wir heute auch an die Kreisverwaltung aus, mit der Anmerkung weiterhin sparsam umzugehen.

Wir danken Herrn Geißler und Frau Kugler.

Dank ganz besonders an Landrat Dr. Sigel, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch in den Beteiligungsunternehmen AWG, Klink gGmbH, Kreisbaugruppe.

Wir wünschen den Beratungen in den Ausschüssen nun gutes Gelingen und die Anträge übergebe ich nun zunächst in Papierform und werde sie auch noch digital nachreichen.“

Kreisrat Kaufmann legt für die **SPD-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Landrat,
liebe Kollegen und Kolleginnen des Kreistages,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
Vertreter der Presse,
liebe Gäste

der Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 weist im Ergebnishaushalt einen Gesamtbetrag an Aufwendungen von rd. 553 Mio. Euro aus. Zum Vergleich: im vergangenen Jahr waren rd. 479 Mio. veranschlagt. Das bedeutet: Innerhalb von 12 Monaten sind unsere Aufwendungen um 74 Mio Euro angestiegen. Darin enthalten Flüchtlinge rund 40 Mio. Euro. Es stellt sich die Frage, wie die weiteren 34 Mio. Euro zu investieren sind. Ich mache diese Zahlen deshalb so deutlich, weil ich das Gefühl habe, dass der Kreistag mit zunehmenden Ausgaben und auch – wenngleich in diesem Jahr moderat veranschlagte - Schuldenaufnahmen die Entwicklung gelassener sieht. Es gilt offensichtlich das Motto 'Es hätte schlimmer kommen können'. Was aber passiert, wenn die Steuerkraftsumme der Gemeinden diesen Kreishaushalt nicht mehr finanzieren kann. Ich bin kein Freund davon, Zahlen in meiner Rede zu bemühen. Doch in diesem Jahr erachte ich es für unerlässlich die Steuerkraftsumme der Kommunen zu nennen: Belief sich diese im Jahr 2016 noch bei rd. 501 Mio Euro, so beträgt die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden des Landkreises im Jahr 2017 rd. 555 Mio Euro. Dies dürfte ein alarmierendes Signal sein, denn nun ist Steuerkraftsumme mit den Ausgaben identisch. Ist uns bewusst, was diese Entwicklung für den Haushalt von Kreis und Kommunen bedeutet, wenn die Steuerkraft nachlässt? Ich bin der Auffassung, dass die allgemein positive konjunkturelle Entwicklung nicht dauerhaft so weitergeht und wir in den kommenden Jahren vor einem unlösbaren Finanzproblem stehen. Anhand der nun eingetretenen finanziellen Änderungen kaum vorstellbar. Weiterhin kaum vorstellbar, aber Realität ist der seitens des Landes nun – quasi beschlossen – den Kommunen 200 Mio., später 230 Mio. Euro vorenthalten werden soll. Das Land gibt den Kommunen immer mehr Aufgaben, beachtet dabei ohnehin nicht das Konnexitätsprinzip und nun soll den Kommunen noch Geld vorenthalten werden. Verantwortung des Landes gegenüber seiner Bürgerinnen und Bürger verstehen wir anders.

Meine Damen und Herrn,

die SPD-Fraktion fühlt sich allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Landkreises verpflichtet, insbesondere denjenigen, die wegen ihrer persönlichen, materiellen, psychischen und sozialen Situation nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Gerade mit Blick auf Freiwilligkeitsleistungen – vor allem im Sozialbereich – ist es uns sehr wichtig, dass Einsparungen nicht auf Kosten der Menschen, die Unterstützung benötigen, gehen. Insbesondere blicken wir dabei auf die elf Zuschussanträge von insgesamt 129.400 Euro, welche bislang nicht im Haushaltsentwurf enthalten sind und noch in den jeweiligen Ausschüssen beraten werden müssen. Ohne auf die einzelnen Anträge einzugehen, möchten wir bereits heute ein klares Signal geben, dass wir die Anträge im Wesentlichen unterstützen. Unterstützung der Anträge vor allem deshalb, weil die freien Trä-

ger und Organisationen im Rems-Murr-Kreis einen wesentlichen Beitrag leisten und somit eine deutliche Entlastung unseres gesellschaftlichen Auftrags leisten. Diese Leistung kommt bei den Menschen im Kreis an.

In diesem Zusammenhang komme ich auf den Stellenplan zu sprechen, der gegenüber dem Vorjahr rd. 102 Stellen mehr ausweist. Sehr geehrter Herr Landrat, im Rahmen der Haushaltseinbringung erklärten Sie, dass allein die Personalkosten sich um 3,5 Mio. erhöht haben, die nicht direkt gegenfinanziert sind. **Antrag (vgl. 2016): Die Verwaltung möge erläutern, welche Aufgaben verstärkt durch Freie Träger oder durch die freie Wirtschaft übernommen werden könnten.**

Herr Landrat, Sie bitten um unser Vertrauen, dass dieser 'großen Schluck aus der Pulle' nicht zum Regelfall wird. Dieses Vertrauen haben wir, Herr Landrat. Allerdings erwarten wir, dass dieses zusätzliche Personal vor allem in den Kommunen wirkt, besonders im sozialen Bereich auch auf Hinblick der Flüchtlingsbetreuung. Gerade aufgrund der Standardabsenkungen und -abweichungen im Sozial- und Jugendamt kam es in der Vergangenheit bei der Bearbeitung von Anträgen zu langen Bearbeitungszeiten. Insbesondere aber im Jugendbereich waren die Standardabsenkungen nicht vertretbar, so dass wir die Aufstockung der Stellen akzeptieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Kindertagespflege zu sprechen kommen. Die Kindertagespflege ist in unserem Kreis eine unverzichtbare Säule der Kinderbetreuung. Allerdings beabsichtigt das Land, weniger Geld für die Kindertagespflege zur Verfügung zu stellen. Dies ist keinesfalls nachvollziehbar und gerechtfertigt. Des Weiteren soll im kommenden Jahr der im November 2011 verabschiedete Teilplan, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege, fortgeschrieben werden. Zu folgenden Modellen fehlen im aktuellen Teilplan Regelungen:

- Festanstellung von Tagespflegepersonen im Haushalt von Personensorgeberechtigten
- Festanstellung von Tagespflegepersonen in anderen geeigneten Räumen durch Vereine, Kommunen oder Unternehmen.

Beide Formen sollen im Rems-Murr-Kreis zukünftig, analog zur selbständigen Tagespflegeperson im eigenen Haushalt, ermöglicht und gefördert werden. Dies bedeutet für den Landkreis keinerlei höhere Kosten, aber einen Zugewinn an flexiblen, bedarfsorientierten Betreuungsplätzen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Antrag:

- 1. Die Verwaltung möge berichten, wie die Kindertagespflege im Kreis mit Blick auf den neuen Teilplan organisiert werden soll.**
- 2. Die Festangestellten sollen in die öffentliche Förderung aufgenommen werden.**

Meine Damen und Herrn,

Ein hoher personeller und organisatorischer Aufwand für das Kreisjugendamt bedarf auch die Aufgabenbewältigung für 'Unbegleitete Minderjährige Ausländer'. Die Unterbringung aber auch die pädagogische Begleitung der Jugendlichen ist eine schwierige Aufgabe, die nicht mit der Anerkennung oder nach dem Abschluss des Asylverfahrens endet. Es bleibt zu hoffen, dass bei der Erstattung sowohl die Kosten für die UMAs sowie auch der Asylbewerber insgesamt, das Land sich an seine Zusicherung der nachlaufenden Spitzabrechnung erinnert und die Kosten nicht beim Landkreis hängen bleiben. Im Gegensatz, wie bei den Grünen begründet, können wir bei nicht ausreichender Zusicherung des Landes dies nicht gleichgültig hinnehmen. Wir halten an dem Vertrauen fest, dass das Land die Anforderungen erbringt, zu welchen es verpflichtet ist. Eine Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft ist eine große Herausforderung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 20.07.2016 eine Richtlinie für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) herausgegeben, an dem sich auch der Landkreis Rems-Murr orientiert. Ziel der Richtlinie ist es, Flüchtlinge in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Vor allem vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels stellt sich die Frage, ob es auf Kreisebene noch weiterer Maßnahmen und Angebote bedarf. Die SPD-Fraktion erwartet zumindest, dass die Verwaltung die Richtlinie entsprechend umsetzt und dabei Flüchtlinge, die nicht bereit sind, Arbeit anzunehmen, auch zu sanktionieren.

Antrag: Bericht über die Integration von Flüchtlingen in den regionalen Arbeitsmarkt sowie die Umsetzung der Richtlinie für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen.

Neben der Arbeit ist Wohnen ein grundlegendes Bedürfnis. Auch in unserem Landkreis wird es immer schwieriger, bezahlbaren geeigneten Wohnraum zu finden. Dies gilt für einen sehr großen Personenkreis. Noch viel schwieriger wird dies für Flüchtlinge und auch für Menschen mit eingeschränkten persönlichen Fähigkeiten und geringem Einkommen. Es wird immer wichtiger, bezahlbaren Mietwohnraum zu bauen. Wohnen für alle, das bezahlbar, nachhaltig, und vielfältig ist, dieser Aufgabe müssen sich Städte, Gemeinden und vor allem auch der Landkreis nicht erst seit der Zuwanderung von Flüchtlingen stellen. Bauen und Wohnen wird zunehmend unbezahlbar, die Gründe hierfür sind vielfältig.

Mit der Kreisbaugesellschaft hat der Landkreis einen Partner, der diese Aufgabe angenommen hat und bereits mitten in der Umsetzung ist. An dieser Stelle herzlichen Dank für die hervorragende Arbeit. Jetzt kommt es allerdings nicht nur darauf an, dass schnell günstige Wohnungen geschaffen werden. Wir brauchen Wohnquartiere, wo ein Miteinander von Jung und Alt, Familien und Alleinlebenden, Menschen mit und ohne Behinderungen, Menschen mit geringem Einkommen und Gutverdienern, Einheimischen und Migranten möglich ist und gefördert wird. Es dürfen keine sozialen Brennpunkte entstehen. Das heißt, es müssen Wohnungen mit unterschiedlichen Zuschnitten, Größen und Kosten angeboten werden. Einfache, bezahlbare Mietwohnungen können über hochwertigere, teurere Wohnungen querfinanziert werden. Gemeinschaftsräume und Treffpunkte sollen von vornherein mit eingeplant werden. Ein Quartiermanagement bündelt und organisiert zu Beginn Angebote und Ideen für die Gemeinschaftsflächen, um sie dann, nach einer gewissen Zeit, in die Eigenverantwortung der Bewohner/innen zu übergeben. Wenn dies gelingt, ist auch Integration im Wohnbereich möglich, was unabdinglich für uns ist. 'Wir schaffen Räume für Menschen', so steht es im Leitbild der Kreisbaugesellschaft. Da wollen wir die Verantwortlichen gerne beim Wort nehmen und sind gespannt auf diese weiteren Entwicklungen.

Meine Damen und Herren,

In vielen Teilen unseres ländlich geprägten Landkreises wollen wir über alternative Konzeptionen im ÖPNV nachdenken, diskutieren und letztlich entscheiden. Es macht wenig Sinn, überall alte Konzepte mit festgelegten Linienverbindungen, starren Fahrplänen und unattraktiven Beförderungsmaterialien weiter zu belassen. Was wir brauchen, sind alternative Konzepte entwickelt in Bürgerforen, wie zum Beispiel Bürgerbusse, Ruftaxis und flexible Linienführungen. Dabei können wir aus den Erfahrungen des Projekts 'Reallabor-Schorndorf' Erkenntnisse gewinnen. Dafür sollten wir rasch Mittel für qualifizierte Untersuchungen von Fachleuten frei und Förderung von Bürgerbussen möglich machen. Das Angebot entscheidet letztlich über die Nachfrage im ÖPNV. Schon immer folgt einem attraktiven Angebot auch die entsprechende Nachfrage. Weiter sollte sich der Kreis aktiv an der Diskussion über die Ausweitung der P&R-Plätzen an unseren S-Bahnlinien beteiligen und zusammen mit der Region und den Kommunen bessere Konzepte und Lösungen entwickeln. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin für ein Sozialticket im VVS stark machen. Dies ist im Landkreis Göppingen für den 01.01.2017 geplant, ebenso in Stuttgart. Deshalb sollte also auch im Rems-Murr-Kreis eine Einführung angestrebt werden. Damit können Menschen mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und mobil sein. Wir sind uns sicher, dass es dafür bald die notwendigen politischen Mehrheiten geben wird.

Weiterhin bekennen wir uns zum Klimaschutzprogramm des Kreises ohne Wenn und Aber. Offen sind wir für alternative Projektvorschläge, wie sie nun beim Thema 'Schullandheim Mönchhof' angedacht sind. Entgegen der Meinung der CDU befürworten wir die Investition beim Schullandheim für den Einbau einer Pelletheizung. Die wäre ein beispielhafter Schritt mit Blick auf die CO₂-Einsparung. Diesem Diskussionsthema wollen wir uns gerne annehmen und auch gegebene Beschlüsse fassen, um entsprechend die Fördermöglichkeiten zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

auch in diesem Jahr überweisen wir den Rems-Murr-Kliniken zweistellige Millionenbeträge. Dennoch sind wir der Auffassung, dass die medizinische Entwicklung des Klinikbetriebs einen positiven Verlauf nimmt und wir hoffen auch, dass das für den wirtschaftlichen Faktor gilt. Unsere Fraktion sieht im Rems-Murr-Klinikum Winnenden große Defizite in den Bereichen Essensversorgung und Notaufnahme – und fordert eine schnelle Änderung der unbefriedigenden Situation. Wir schlagen vor, eine richtige eigene Küche einzurichten. Zudem sollen nach der Fertigstellung des Umbaus für die Erstversorgung in der Notaufnahme Fristen genau definiert werden, wie es bei der Notarztversorgung bereits erfolgt ist. Wir fordern, dass die maximale Wartezeit eines Patienten in der Notaufnahme bis zur Erstuntersuchung durch einen Arzt verkürzt und genau definiert wird.

Der Neubau des Kreishauses wird uns in den kommenden Jahren beschäftigen. Es wird das 'Kreis-eigene' Zukunftsprojekt der kommenden Jahre sein. Mit Blick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kreises ist von Bedeutung, dass nicht nur mit uneingeschränkter Transparenz gegenüber den Gremien gearbeitet wird. Wir erwarten, dass alle wirtschaftlichen Daten verlässlich aufbereitet werden. Auch ist für uns unerlässlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem Prozess intensiv beteiligt werden. Die mit einem Umbau verbundenen Arbeitsbedingungen werden für die Beschäftigten eine große Herausforderung.

Meine Damen und Herren,

Als nächstes möchte ich das Laufenmühleviadukt ansprechen. Für die Sanierung des Laufenmühleviadukts – Strecke der Tourismusbahn – sollen 300 T€ in den Haushaltsplanentwurf eingestellt werden. Wir möchten daran erinnern, dass es einen Beschluss gibt, keine weiteren Zuschüsse für die Tourismusbahn zu gewähren. Die SPD-Fraktion lehnt die Aufhebung des Beschlusses und somit eine weitere Gewährung der beantragten 300 T€ nicht ab. Wir erwarten aber auch, dass es keine weiteren Zuschüsse in dieser Größenordnung geben wird. Eine gute und starke Wirtschaft ist für

den Landkreis Rems-Murr von wichtiger Bedeutung. Die Unternehmen fühlen sich am Standort wohl, insofern sollten wir auch weiter ein Garant für die Wirtschaftspartner sein.

Daher komme ich zu den jüngsten finanziellen Verbesserungen in Höhe von rd. 8,8 Mio. Euro seit Vorlage des Haushaltsentwurfs, die auf Grundlage der guten Wirtschaftslage erfolgt sind. Die SPD sieht dies nicht so positiv, dass dies hälftig erfolgt. In der Tat entspricht es nicht ganz der Hälfte, dennoch handelt es sich um eine gute Geste. Trotzdem tragen wir, den von Ihnen vorgeschlagene Weg, Herr Landrat, die gestiegene Steuerkraft zwischen dem Landkreis und den Kommunen aufzuteilen und dennoch Risiken für den Kreis zu minimieren, mit. Dabei ist für uns die Reduzierung der Neuverschuldung von wesentlichem Interesse. Wir dürfen nun mal nicht unsere Verschuldung aus dem Auge verlieren. Insgesamt betrachtet können wir dem Vorschlag, den Kreisumlagehebesatz auf 36,6 % zu senken, folgen. Die Mitglieder der SPD Fraktion hoffen, dass alle Herausforderungen des nächsten Jahres gut gemeistert werden können. Wir alle wissen nicht, wie sich die gute wirtschaftliche Konjunktur entwickeln wird.

Im Namen der SPD-Fraktion danke ich Ihnen, Herr Geißler und Frau Kugler, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes aber auch für Ihre engagierte Arbeit. Unser Dank gilt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises, den Personal- und Betriebsrätinnen und -räten sowie aller dazugehörenden Dienststellen, die mit ihrem großen Engagement und ihrer Motivation – auch teils unter großer persönlicher Belastung - ihre Aufgaben erfüllen.

Unser besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für die gute, angenehme und faire Zusammenarbeit. Wir freuen uns, die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen und gemeinsam zu beschließen.

Mit Dank an die Mitglieder meiner Fraktion, die mich bei der Erarbeitung der Stellungnahme unterstützt haben, sowie mit Blick auf eine – doch noch spannende – HH-Debatte schließe ich.“

Kreisrat Hesky erklärt für die Fraktion der **Freien Wähler**:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor kurzem war von einem OB-Kollegen zu lesen, dass er nie Ambitionen gehabt hätte, im Kreistag mitzuwirken, weil der Kreis überwiegend staatliche Aufgaben hätte, der Kreistag keinen Einfluss habe und es sonst nur um Kreisstraßen, Berufsschulen und Soziales gehe, alles mit geringen Ermessensspielräumen. Und nur wegen des Feilschens um die Kreisumlage wollte er nie in den Kreistag.

Nun, diese Ansicht bringt mich nicht auf die 'Palm'e... dennoch ist es wohl ein landläufiges Bild. Haben wir denn wirklich nichts zu melden und nur ganz wenig zu gestalten? Ich finde nicht, wenn man sich gerade den Haushaltsplanentwurf 2017 ansieht.

Dabei sind wir Freien Wähler nicht der Auffassung, dass sich erst durch die höheren Landeszuweisungen die Handlungsspielräume eröffnet haben. Ganz im Gegenteil, die höheren Einnahmen sollten uns nicht zu Höhenflügen verleiten und alle Grundsätze der Sparsamkeit vergessen lassen.

Auch schon bisher hat der Kreis ganz gewaltig eigene Schwerpunkte gesetzt und ein eigenes Kreisprofil geschaffen. Wir Freien Wähler waren dabei nicht immer mit der Mehrheitsmeinung unterwegs, weil aus unserer Sicht nicht alles Wichtige beim Kreis angesiedelt sein muss. Sie wissen, die Themen Tourismus und Europabeauftragter halten wir nach wie vor beim Kreis für nicht erforderlich. Das erledigen andere, ohne dass es der Zwischenebene des Kreises bedarf.

Da will ich gleich weitermachen, weil es zeigt, wie man etwas groß machen kann, was man genauso effizient auch anders erledigen könnte. Aber vielleicht sind es die Fördermittel, die so verlockend sind, dass man sagen könnte 'Die Herrschaft hat's ja!'

Worum geht es? Um die in allen Landkreisen der Region, in der Landeshauptstadt und dann noch beim Verband Region Stuttgart einzustellenden Breitbandbeauftragten. Haben Sie mitgezählt? Ja, sieben Personen, sechs davon in den Landkreisen und in Stuttgart und ein koordinierender Häuptling obendrüber beim Verband. Wir fragen uns schon: Ist das notwendig?

Wir wollen am Breitbandausbau festhalten, weil so unser Landkreis zukunftsfähig bleibt. Glasfaserausbau ist aber Wirtschaftsförderung. Und da sind wir doch gut aufgestellt. Dennoch raten wir bei aller Euphorie zur Vorsicht, denn es darf nicht so kommen, dass wir mit Steuergeldern das Glasfaser bauen und dessen Betrieb dann auch dauerhaft finanzieren. Die eingestellten 250.000 Euro und die Ankündigung, dass 'uns das weitere Millionen kosten wird', machen deutlich, in welchen Berei-

chen wir uns bewegen. Backbonebau und –betrieb müssen sich rechnen. Das sind für Unternehmen Betriebsmittel wie Telefon, Fax oder Fräsmaschine.

Leider hat der Markt versagt – oder eben gerade nicht, denn der Markt wäre doch schon längst beim Kunden mit dem Glasfaserkabel, wenn es sich für die freie Wirtschaft rechnen würde. Tut es aber nicht, weshalb wir in Vorleistung gehen müssen. Aber eben nur in Vorleistung.

Um von vornherein Transparenz zu schaffen und zu verhindern, dass so ein kleines Defizit in die große Kreisumlage hineinschlupft, legen wir darauf Wert, dass alles, was mit Backbone und schnellem Internet zu tun hat, in einer eigenen Gesellschaft und auf eigene Rechnung geführt wird. Dabei ist auch zu gewährleisten, dass jede Kommune für sich entscheiden kann, ob sie mitmacht oder nicht, so dass es nicht zu einer Beglückung mit der Gießkanne kommt. (ANTRAG 1)

Lassen Sie mich zum Personal kommen. Es lohnt sich, diesen Bereich etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, wobei ein Vergrößerungsglas gar nicht notwendig ist, denn leider kann uns der Landrat nicht zurufen: 'Liebling' - und da ist der Kreistag gemeint – 'ich habe die Kosten geschrumpft!'. Ganz im Gegenteil. Man muss sich die Augen reiben und kommt ins Grübeln.

Es mutet seltsam an, dass es der Einwirkung unseres Landrats bedurfte, dass die Stellenpläne und das beschäftigte Personal in Übereinstimmung gebracht wurden. Hat man denn bisher im Nebel gestochert? Vermutlich schon, und man hat in den vergangenen Jahren in den Haushaltsplan wohl einiges an Luft eingebucht, was dann am Jahresende als 'wirtschaftliches Handeln' gefeiert wurde. Das darf künftig nicht mehr passieren. Wir haben schon bisher gefordert, die Personalkosten genauer zu kalkulieren und auf Luft zu verzichten, denn hier kostet 'Luft' die bare Münze der Kreisumlage.

Der Mehrbedarf in 2017 mit insgesamt 102,77 Stellen, davon allein über 87 Stellen im Sozialbereich, ist ein Brocken, der nur schwer verdaulich ist. Da braucht es eher Appetithäppchen und Schonkost. Wir erkennen das Bestreben der Hausspitze, im Sozialbereich nicht alle neuen Stellen auf einmal zu besetzen. Das ginge auch gar nicht, denn der Markt ist ohnehin leer gefegt. Daher beantragen wir, bei den Personalkosten die globale Minderausgabe von 500.000 Euro auf 750.000 Euro zu erhöhen. (ANTRAG 2). Aber auch die weiteren 15,5 Stellen in sonstigen Bereichen lösen keine Freude aus. So nebenbei werden zusätzlich 2,5 Vollzeitstellen für erforderlich gehalten für

Hochwasserschutz, die Remstalgartenschau 2019 und die Windenergie. Diesen Stellenantrag wollen wir in die unterste Schublade legen.

Bei den Kommunen herrscht nicht der Eindruck, dass dieser Bereich im Landratsamt personell unterbesetzt ist. Ganz im Gegenteil, wenn die Prüfung einer Maßnahme zur Rems-Renaturierung gefühlt das Ausmaß einnimmt, als ob es um die Errichtung eines Windparks oder eines Atomkraftwerks ginge – und vermutlich liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen – ist das ein Alarmzeichen. Dazu braucht es sicher nicht noch mehr Personal. (ANTRAG 3). Und leider ist es so, dass auch nicht der Eindruck erweckt wird, man prüfe im Interesse der Remstalgartenschau, sondern neben dem Überzeugungsaufwand auf kommunaler Ebene, muss man sich auch gegen das Landratsamt wehren. Das ist für die RTG 2019 schade und beflügelt sie nicht.

Auf Seite 27 Ihrer Haushaltsfibel in DIN A 5 - kleine Schrift für große Zahlen – schreiben Sie, die Personalkosten dürfen weder zur Einbahnstraße noch zur Sackgasse werden. Stimmt, daher sagen wir im Sinne des Navis: 'Bitte wenden'!. Eine solche Wendung könnte sich im Bereich der Asylbewerber und Flüchtlinge ergeben. Der Zustrom ist abgeebbt, und durch die Anerkennung werden aus Flüchtlingen Personen, die in die Obhut der Städte und Gemeinden übergehen. Das ist wichtig zu wissen, denn...

1. Die Kommunen brauchen künftig mehr Personal zur Betreuung der Menschen in der Anschlussunterbringung.
2. Der Kreis kann – nein, er muss - sein Personal abbauen, da er es nicht mehr im bisherigen Umfang benötigt und auch nicht mehr gegenfinanziert bekommt.
3. Wir beantragen (ANTRAG 4), dass der Kreis den Kommunen anbietet, die Betreuung der Menschen in der kommunalen Anschlussunterbringung gegen Kostenersatz zu übernehmen.

Das wäre wirtschaftlich und auch im Interesse der Menschen, weil man sich kennt, weil Vertrauen da ist – und oft ändert sich für die Flüchtlinge de facto nichts, da viele Gemeinschaftsunterkünfte nur ein neues Etikett bekommen, auf dem nun Anschlussunterbringung steht.

Apropos Unterkünfte: Es kann doch nicht wahr sein, dass 2,5 Millionen Euro 'auf Vorrat', wie Sie, Herr Landrat, bei der ersten Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs erläuterten, vorsorglich für die

Schaffung weiterer Gemeinschaftsunterkünfte eingeplant werden. Sicher, es kann viel passieren... auch die Gallier befürchteten, der Himmel kann einem auf den Kopf fallen... aber es gibt keinen Grund, Sicherheitspolster und Vorräte anzulegen, die von den Kommunen finanziert werden müssen, während gleichzeitig anderenorts die Kassen klamm sind. Wir beantragen die Streichung der 2,5 Millionen Euro – nicht auf Vorrat, sondern gleich!

Mit Ihrem Amtsantritt, Herr Landrat Dr. Sigel, wurde manches neu. Das sehen und anerkennen wir, ohne damit Negatives über 'früher' sagen zu wollen. Das Ergebnis des Immobilienkonzeptes kann sich sehen lassen. Nun wissen wir, welcher Handlungsbedarf besteht und wissen auch: Nichts zu tun kostet mindestens genauso viel Geld - ohne dass etwas verbessert würde. Wir sollten den beschlossenen und verbindlichen Plan rasch umsetzen, denn die Zeiten sind günstig, nun mit dem Neubau des Verwaltungsgebäudes an der Rötestraße zu beginnen und die Sanierung der Tiefgarage anzugehen. Auch das Klinikareal in Waiblingen schreit förmlich danach, dass es endlich mit der Neubebauung losgeht. Wohnungen sind gesucht und die naturnahe Belassung des Abbruchgeländes ist weder eine städtebauliche Attraktion noch ein schöner Anblick. Gut, dass die Bagger zur Geländemodellierung losgeschickt wurden, womöglich wäre es sonst noch zum stadtnahen Biotop erklärt worden – durch den Naturschutz beim Landratsamt. Und was dann passiert wäre, malen wir uns lieber nicht aus! Auch sei daran erinnert, dass die Vermarktung dieses Areals dem Kreis dringend benötigtes Geld in die Kasse spült, das eine tragende Säule im Finanzierungsgerüst der neuen Klinik in Winnenden war.

Krankenhäuser sind wie Unternehmen, und die medizinische Versorgung im Kreis muss uns etwas wert sein. Allerdings darf es kein Fass ohne Boden werden. Die Sanierung des Krankenhauses in Schorndorf muss offen und transparent diskutiert werden, wie man es auch für Verwaltungsgebäude tut. Und man muss auch überlegen, wie der Wunsch der Ärzte und des Klinikmanagements, mehr Betten in Winnenden zu schaffen, in das 'große Ganze' passt. Ein 'dann bauen wir eben', wie wir es bei den noch nicht vom Land finanzierten 70 Betten taten, weil man uns sagte, die Zuschüsse seien so gut wie sicher... und nun finanziert das Land doch nicht... sollte es kein zweites Mal geben.

Lassen Sie mich zu einem Thema kommen, das zwar nichts mit Krankenhäusern zu tun hat, aber bei dem es auch an so manchem krankt. Unsere Wirtschaftsregion Stuttgart kommt zu jeder Rush-Hour einem Infarkt nahe. Das gilt für die Straße und für die Schiene. Die Folgen sieht man am Feinstaubalarm, der auch nicht viel mehr Leute in die S-Bahn bringt. Wie auch, sie ist ja schon heute voll. Für uns Freie Wähler im Verband Region Stuttgart war das der Anlass, um die auch von uns

begrüßte Taktverdichtung auf 15 Minuten kritisch zu hinterfragen. Leider wurden wir im Verband überstimmt, aber wir befürchten, die Realität wird uns doch Recht geben. Die anderen Fraktionen in der Verbandsversammlung haben uns als Vasallen der Landkreise hingestellt. Das nehmen wir in Kauf, weil es wichtig gewesen wäre, dass der Verband mit den Kreisen gesprochen hätte, anstatt den starken Max zu spielen. Denn die Kreise müssen bezahlen, was der Verband bestellt, und auch die zusätzlichen Busverbindungen, die auf die S-Bahnen abgestimmt sein müssen, werden wir zu spüren bekommen. Wir Freien Wähler im Landkreis stellen daher den Antrag (ANTRAG 5), dass wir uns mit dem 15 Minuten Takt befassen und dazu auch Stellung beziehen. Denn der ÖPNV ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und der Takt wird nicht durch einen Beteiligten vorgegeben und die anderen haben zu marschieren.

Bleiben wir bei der Schiene, bei der Waldbahn: Es ist, wie so oft. Man schwört beim ersten Sündenfall Stein und Bein, dass es keinen weiteren geben wird... und schon ist man mitten in der Dauerfinanzierung. Daher sagen wir: Einmal ist keinmal, und zwei Mal noch nicht einmal zu viel, so dass es kein drittes Mal geben darf. Die Schwäbische Waldbahn ist eine Freiwilligkeitsleistung. Sie leistet manchmal, vor allem wenn sie mit Dampf fährt und dann, wenn Kinder ihren Teddybären mitbringen können, um kostenfrei zu fahren, einen touristischen Beitrag. Prioritäten setzen fällt also nicht immer leicht. Aber man wird den Welzheimer Wald trotz und wegen seiner Bäume auch künftig sehen. Wir beantragen, keinen weiteren Zuschuss zur Sanierung des Laufenmühleviadukts zu geben. Es wäre zu prüfen, ob aus der Waldeisenbahn nicht besser eine Waldbikebahn wird. (ANTRAG 6)

Ins gleiche Bild passt die Sanierung des Schullandheims Mönchhof. Wir werden die hohen Sanierungskosten mehrheitlich nicht mittragen. Nur, weil man Zuschüsse bekommt, darf man nicht über das Ziel hinausschießen. Und nachhaltig ist es sicher nicht, funktionierende Gewerke zu verschrotten, wie man es mit der Heizung vorhat. Die Besichtigung war hilfreich, aber auch ernüchternd. Die Innensanierung der durch die Flüchtlinge entstandenen Schäden soll selbstverständlich sofort gemacht werden. Das Ziel muss eine effizientere Auslastung sein, vor allem in den Wintermonaten, wenn kein Schullandheimbetrieb ist. Wir sind dafür, notwendige Reparaturen zu machen, aber keine Generalsanierung (ANTRAG 7).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Landkreis bewegt viel und wer meint, wir hätten nichts zu beraten, außer um die Kreisumlage zu feilschen, der irrt. Ja, er irrt auch deswegen, weil wir im zweiten Jahr in Folge nicht feilschen müssen. Dank des Landes. Um es vorweg zu sagen: Wir Freien Wähler freuen uns über die Anwendung der Regelung, die Verbesserungen nach dem

Grundsatz, für jeden die Hälfte, aufzuteilen. Was wir auch wollen, ist, dass die Einsparungen und Haushaltsverbesserungen zur Schuldensenkung verwendet – und nicht in neue Aufgaben gesteckt werden.

Einen Punkt will ich trotz der Freude über die schöne Entwicklung der Finanzen noch ansprechen: Der Kreis kann seine Abschreibungen in voller Höhe erwirtschaften, sprich, er holt sich das Geld von den Kommunen und bekommt es durch Zuschüsse. Welcher Kommune im Landkreis gelingt das? Bei der Umstellung auf die Doppik hatte man sich darauf verständigt, dass bis 2020, erst dann ist es Pflicht, der Kreis davon absieht, die Abschreibungen gänzlich als Ausgabe darzustellen, also das Geld für die Abschreibungen so lange nicht bei den Kommunen holt. Der Kreis tut es dennoch. Wenn der Kreis darauf verzichten würde, wären wir bei einem noch deutlich niedrigeren Kreisumlagehebesatz (ANTRAG 8).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kreispolitik bietet deutlich mehr als einen 'kleinen Ermessensspielraum'. Wir können gestalten und verantwortungsbewusst unseren Landkreis auch in 2017 auf Kurs halten. Die aktuelle wirtschaftliche Situation ermöglicht es, den Kommunen mehr als bisher entgegenzukommen und die in schlechten Zeiten beschworene Partnerschaft auch in guten Zeiten zu leben. Wir danken Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel, Ihnen, Herr Geißler, und dem gesamten Team, das an der Haushaltsplanaufstellung mitgewirkt hat.

Den Haushaltsberatungen wünschen wir einen guten Verlauf und uns allen einen noch besseren Haushalt 2017. Dankeschön.“

Herr Throm führt für die Zählgemeinschaft **AfD/Unabhängige** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
werte Kolleginnen und Kollegen,

‚nächstes Jahr wird alles besser‘, so hörten wir es 2015 sinngemäß von verschiedenen Seiten, bezogen auf den Kreishaushalt. Wenn wir uns aber den Etatentwurf 2017 ansehen, finden wir diese Voraussage nicht bestätigt. Daran ändern auch die jüngsten Verbesserungen nichts. Wieder sollen die Personalkosten um fast 9 Prozent steigen. Wenn wir innerhalb von acht Jahren die Ausgaben

für das Personal verdoppeln wollen, dann müssen wir genauso weitermachen! Beim sächlichen Betriebs- und Verwaltungsaufwand liegt die Steigerung sogar bei unglaublichen 116 Prozent. Das alles hängt entscheidend mit der Flüchtlingsversorgung zusammen. 77,2 Millionen Euro sind dafür im Kreishaushalt vorgesehen, die Kosten für die unbegleiteten Minderjährigen (UMA) nicht einberechnet. Noch wissen wir nicht, was die nachlaufende Spitzabrechnung des Landes für 2016 ergeben wird, zumal hier teilweise nur mündliche Zusagen vorliegen, da müssen wir noch viel größere Unwägbarkeiten für das kommende Jahr einkalkulieren. Das Land verhält sich hier skandalös, und dies sprechen wir deutlich aus, weil wir unsere Aufgabe als Volksvertreter nicht darin sehen, der Regierung den Rücken freizuhalten. Mit vorseilendem Gehorsam erzeugt man jedenfalls keinen Handlungsdruck beim Land. Um zunächst ein sichtbares Zeichen zu setzen, stellen wir den Antrag, einen Haushaltsvorbehalt zu formulieren für Aufwendungen im Fremdauftrag, deren Finanzierung durch den Auftraggeber nicht gesichert ist. Die sauberste Lösung wäre gewesen, wenn der Bund einen 'Flüchtlings soli' eingeführt hätte. Das hätte dem Konnexitätsprinzip ('Wer bestellt, zahlt!') entsprochen. Aber dafür fehlte der politische Mut. Stattdessen sucht man die Kosten durch teilweise Verlagerung auf Länder, Kreise und Gemeinden zu verschleiern. Dass man eine Jahrhundertaufgabe – und darum handelt es sich bei der Bewältigung einer Völkerwanderung – gewissermaßen aus der Portokasse bezahlen könne, wollte man uns schon einmal weismachen. Damals ging es um die Wiedervereinigung mit einem durch vierzig Jahre Sozialismus völlig zugrunde gerichteten Landesteil.

Doch nun zu einer weiteren Zahl, die mit den 77,2 Millionen scheinbar gar nichts zu tun hat: 2,97 Millionen Euro für den Kreisstraßenbau – ein Rückgang um fast ein Viertel gegenüber 2016. Und das angesichts von Kreisstraßen, die einem Flickwerk gleichen, die übersät sind mit Schlaglöchern und Rissen. Jeder Laie weiß doch, dass Straßenschäden je früher, desto besser beseitigt werden sollten, um die Kosten möglichst gering zu halten. 'Natürlich', so hört man seitens der Verwaltung, 'könnte man auch mehr verbauen, aber die Haushaltslage lässt das eben nicht zu.' Sollten also die 77,2 und die 2,97 Millionen doch etwas miteinander zu tun haben? Wir stehen zu den rechtlichen Verpflichtungen des Kreises bei der Versorgung der Zuwanderer, und wir bekennen uns auch zur humanitären Verantwortung. Wenn wir aber auch nur einen Euro bei den Ausgaben für Asylbewerber in Frage stellen, rühren wir aus der Sicht der Kreistagsfraktionen bereits an ein Tabu, selbst wenn es sich um freiwillige Leistungen des Kreises handelt, bei denen die Aussicht auf Erstattung seitens des Landes von vornherein gleich null ist. Wir verlangen jedoch eine zusätzliche Million für die Kreisstraßen, um wenigstens den Stand der letzten beiden Jahre in etwa zu erreichen. Denn es kann doch nicht angehen, dass die Bürger Steuern in Rekordhöhe entrichten und gleichzeitig erle-

ben müssen, dass alle staatlichen Ebenen, auch die kommunalen, ihren Kernaufgaben immer weniger gerecht werden. Zur Gegenfinanzierung fordern wir zusätzlich eine globale Minderaufwendung um eine Million Euro bei den Personalkosten. Eine zeitliche Streckung bei den Neueinstellungen im Flüchtlingsbereich – geeignetes Personal dürfte ohnehin kaum zur Verfügung stehen -, verbunden mit der Ausnutzung der Fluktuation, muss diese Einsparung um lediglich gut ein Prozent möglich machen.

Öffentliche Haushalte werden bekanntlich nicht in schlechten, sondern in guten Jahren ruiniert. Das keynesianische deficit spending in Zeiten der Rezession erfreut sich großer Beliebtheit. Aber die andere Seite der Medaille ist die Schuldentilgung bei guter Konjunktur. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir dies in Angriff nehmen? Es muss zu diesem Zweck eine weitere Million eingespart werden, und zwar beim sächlichen Betriebs- und Verwaltungsaufwand. Auch hier reden wir über einen Anteil von unter zwei Prozent. Natürlich darf dies nicht auf Kosten der Sicherheit gehen. Dies ergibt im Flüchtlingsbereich aus dem Interesse der Bevölkerung ebenso wie aus den unserer Kenntnis nach erheblichen, v. a. ethnisch-kulturellen Konflikten unter den Flüchtlingen. Aber andere Leistungen, bei denen die Erstattung durch das Land ausgeschlossen oder zumindest fraglich ist, sollten kritisch überprüft werden.

Darüber hinaus könnte man mit ganz einfachen Maßnahmen Schulden abbauen, zum Beispiel über 300.000,- Euro durch die Streichung der Ausgaben für das Projekt Klimaschutz plus im Ergebnishaushalt. Hier handelt es sich nicht um Investitionen, sondern um Symbolpolitik mit teuren Broschüren, wodurch sich der CO₂-Ausstoß sogar erhöht – man könnte auch von heißer Luft sprechen.

Das Thema Rems-Murr-Kliniken darf in keiner Haushaltsrede fehlen. Dafür, dass das Kreiskrankenhaus Winnenden die Ausmaße eines Universitätsklinikums hat und dass bei diesem Projekt nicht alles wie erwünscht – denn um nichts anderes handelte es sich hier als um Wunschdenken - eingetroffen ist, sind nun wirklich nicht wir verantwortlich, und wir können auch nichts ungeschehen machen. Unsere Verantwortung als 2014 neu gewählte Kreisräte gebietet es aber, im Interesse der Bevölkerung den steinigen Weg der Sanierung und des Ausgleichs von Millionendefiziten mitzugehen und wenn möglich zu beschleunigen.

Die Kreisumlage konnte seitens der Verwaltung erfreulicherweise weiter gesenkt werden, bleibt aber vergleichsweise hoch. Wer sie weiter senken will, muss die Gegenfinanzierung klären. Dafür sehen wir im Augenblick keinen Spielraum.

Unter dem Strich ist der Kreishaushalt 2017 in seiner gegenwärtigen Form für uns nicht zustimmungsfähig, bei allem Respekt vor der professionellen, beachtlichen Leistung. Unsere maßvollen Anträge zeigen aber unsere Kompromissbereitschaft. In diesem Sinne sind wir bereit, mit der Verwaltung und allen Kreisräten an der weiteren Konsolidierung des Kreishaushalts mitzuwirken.

Vielen Dank!“

Herr Kober legt für **Die Linke** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,

wenn ich richtig gezählt habe, haben Sie bis jetzt sechs Haushaltsreden gehört. Ich spüre formlich Ihre Spannung, wie Sie meiner Rede entgegenfiebern. Ich hoffe, dass ich Ihren Erwartungen entsprechen kann. Das wesentliche Vorzeichen bei der Diskussion des vorgelegten Haushaltsentwurfs heißt in diesem Jahr wieder Konsolidierung. Aber in dieser Situation kommen wir nicht ohne einen Blick über den Tellerrand aus. Wir müssen unsere Probleme hier vor Ort in Zusammenhänge einordnen. Haben Sie bitte die Geduld für drei grundsätzliche Anmerkungen, bevor ich dann zu unseren 4 Anträgen komme.

1. Wir sind - auch laut Bundeskanzlerin - ein reiches Land. Das Volkseinkommen ist in den letzten zehn Jahren um viele Hundert Milliarden EURO gestiegen. Doch in den Kommunen kommt davon nichts an! Fachleute haben errechnet, dass ohne die Steuergeschenke in den letzten zehn Jahren ca. 30 Millionen EURO mehr in den Kassen der Kommunen angekommen wären.
2. Es gibt zunehmende Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip. Die Welt ist aus den Fugen geraten. Klimaerwärmung, Kriege, Hungersnöte, von unglaublichem Hass geprägte Terroranschläge zwingen immer mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen und zu flüchten. Auch wenn es unbequem ist, müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, dass auch Deutschland einen

großen Anteil daran hat, dass immer mehr Menschen aus den Krisenregionen flüchten. Lassen Sie mich Gregor Gysi mit den Worten zitieren: 'Wir leben auf Kosten der Dritten Welt und wundern uns, wenn das Elend anklopft.'

3. Es gibt keine kommunalpolitische Perspektive ohne eine grundsätzliche Verbesserung der Kommunalfinanzen. Wir können uns hier den schwarzen Peter hin und her schieben auf der Suche nach dem Schuldigen an der aktuellen Haushaltsproblematik. Ich schätze die Spielräume allerdings nicht so ein, dass wir mit unserer 'Haushaltsmedizin' allein zur nachhaltigen Gesundung kommen werden. Ohne eine grundsätzliche Veränderung der Bedingungen der Kommunalfinanzen wird es uns nicht gelingen, eine Verbesserung nachhaltig zu erreichen.

Kommen wir nun zu den **Anträgen** der Linken:

Unser erster Antrag ist von der **Sparkasse eine Gewinnausschüttung** zu verlangen.

Die Gewinnrücklagen steigen seit Jahren. Im Geschäftsjahr 2015 sind, neben den Rücklagen in den Fond für allgemeine Bankrisiken von 509 Mio. EUR, insgesamt 354 Mio. EUR Sicherheitsrücklagen angehäuft worden. Die Anhäufung der Gewinne entspricht jedoch nicht der gesetzlichen Ausrichtung dieser kommunalen Einrichtung. Die Gewinne der Sparkasse sind kein Selbstzweck, sondern können und sollen dem Willen des Gesetzgebers nach in einem angemessenen Umfang auch öffentlichen Zwecken zugeführt werden. Zumal der Landkreis Rems-Murr - allein im Kreishaushalt - 79 Millionen Euro Schulden hat, deren Zinsen aus dem Steueraufkommen der Bürger bezahlt werden müssen über die Kreisumlage von den Gemeinden mit zu finanzieren ist. Gleichzeitig trägt der Landkreis als Schuldner der Sparkasse Rems-Murr mit seinen Zinszahlungen zum Gewinn der Sparkasse bei. Selbst der nicht 'linkslastige' Rechnungshof sagt: 'Angesichts angespannter kommunaler Haushalte sollten die Kommunen der Frage nachgehen, ob und in welcher Höhe die wirtschaftliche Gesamtsituation ihrer Sparkassen Abführungen zulässt'.

Der zweite Antrag betrifft das **Sozialticket**.

Diesen Antrag haben wir schon letztes Jahr gestellt.

Der dritte Antrag: '**Keine VVS-Preiserhöhung 2018**' und der vierte Antrag '**Kommunale Daseinsvorsorge schützen und nicht durch das Freihandelsabkommen TTIP gefährden.**'

Es gibt jetzt bei CETA eine Reihe von Zusatzerklärungen, die jedoch die Probleme, die im CETA-Text liegen, überhaupt nicht beheben. CETA bleibt in der Substanz ein Abkommen, das gefährlich für die Umwelt, für Arbeitnehmer/-innen und für unsere Demokratie ist. Dies darf uns bei TTIP nicht nochmal passieren. Auch wenn es durch die Wahlen in den USA jetzt erst einmal stiller geworden ist, müssen wir uns doch positionieren!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Herr Bezler von der ÖDP nimmt wie folgt Stellung:

„Lieber Herr Landrat Sigel,
liebe Damen und Herren der Kreis-Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag
und liebe Besucherinnen und Besucher,

Zuallererst möchte ich nicht versäumen, mich dafür zu bedanken, dass mein letztjähriger Antrag zur Aufstockung der Müllerziehung durch die AWG von der Verwaltung angegangen und vom UVA genehmigt und nun umgesetzt wurde.

Es ist festzustellen, dass nicht nur **unsere Kliniken steigende Behandlungszahlen und Umsätze aufweisen, sondern auch die in unserer näheren Umgebung** und wir unseren Augenmerk dringend auf die ursächliche Verhinderung von Krankheiten und einem Zuwachs an Gesundheitskompetenz und Selbstverantwortung lenken müssen, sonst werden wir nicht nur massivere finanzielle Probleme bekommen, sondern auch soziale. Es gilt die Senkung der Krankheitsfälle anstelle der steigenden Umsatzzahlen zu priorisieren. . Ich gehe jede Wette ein, dass es mit Hilfe eines Kreis-Gesundheitsmanagers - wie bspw. dem Geschäftsführer der Kliniken Dr. Nickel - gelingen würde, jedes Jahr einen Rückgang der Krankheiten im zweistelligen Prozentbereich erreichen zu können.

Nicht nur beim Thema Gesundheit, sondern auch beim Thema Umweltschutz bin ich der Meinung, dass wir **den Karren mit hoher Geschwindigkeit an die Wand fahren** und viele Maßnahmen nicht die Ursachen angehen, sondern nur versuchen den Wagen etwas zu verlangsamen. Ich nehme

damit Bezug auf die Aussage Fr. Dr. Fleischers. Vor 20 Jahren gab es im Rems-Murr-Kreis etwa 200 verschiedene Schmetterlingsarten, die bis heute drastisch auf eine Handvoll zurückgegangen sind.

Folgende Anträge von Stephan Kober (LINKE) und mir von der Zählgemeinschaft DIE LINKE /ÖDP, stelle ich nun vor:

- **WLAN-freie Zugabteile in S-Bahnen und Regionalzügen für schutzbedürftige und schutzwillige Personen**
- **Nutzung gesundheitsverträglicher und leistungsfähiger Techniken anstatt des veralteten WLAN-Mikrowellen-Standards**

Diesbezüglich habe ich bereits im Umwelt- und Verkehrsausschuss aufmerksam gemacht. Ich möchte Ihnen nicht die digitale Verbindung in den S-Bahnen und Regionalzügen nehmen, sondern es geht mir um die Tatsache, dass in der Bevölkerung der Eindruck entstehen kann, von der Politik unberücksichtigt zu sein, und somit Gesellschaften entstehen.

Von Seiten des Bundesamts für Strahlenschutz wird allgemein empfohlen, die persönliche Strahlenbelastung durch Funkstrahlung so gering wie möglich zu halten. Der zuständige Ausschuss im Europarat fordert ein grundsätzliches Umsteuern in der Mobilfunkpolitik und stellt fest: Es gibt eine akute Gefahr für die Bevölkerung, besonders für Jugendliche und Kinder. Der Ausschuss empfiehlt, dass alle zumutbaren Maßnahmen zur Reduzierung der Felder getroffen werden sollten.

Es gibt zum Thema WLAN mittlerweile über 50 Studien, die negative biologische Auswirkungen auf den menschlichen Organismus belegen.

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt zu überprüfen, ob die technischen Voraussetzungen bestehen, einzelne Abteile oder Wagen in einem Zug WLAN-frei schalten zu können.
2. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht der Fall ist, soll dafür Sorge getragen werden, dies zu ermöglichen.
3. Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt zu überprüfen, welche WLAN-Techniken in den S-Bahnen und Regionalzügen zum Einsatz kommen sollen.
4. Sollte sich herausstellen, dass es sich um eine Mobilfunktechnik auf der Basis von Mikrowellentechnik handelt, so werden Anträge an die entsprechenden Gremien gestellt mit dem Ziel, neue gesundheitsverträglichere Techniken, wie Lichttechnik, LED zur Verfügung zu stellen.

Power-to-Gas-Technologie nimmt Regelbetrieb auf – Überschüsse der regenerativen Stromproduktion können nun gespeichert werden.

Den praktischen Beweis, das Power-to-Gas gut funktioniert, wurde nun Ende Oktober 2016 in Haßfurt (Bayern) erbracht. Somit steht eine Speichermöglichkeit zur Verfügung.

Der extrem reaktionsschnelle Elektrolyseur hilft dabei, sowohl das lokale Stromnetz als auch das übergeordnete Verteilnetz zu stabilisieren. Diese Möglichkeit sollte eine Motivation für den Rems-Murr-Kreis darstellen, die regenerativen Energien auszubauen und damit als Vorbild für die Bevölkerung vorangehen.

Mit Hilfe dieser Technik könnte in der Bevölkerung u.a. die Bereitschaft zur Installation von Photovoltaikanlagen wieder ansteigen.

Der Kreistag möge daher beschließen:

Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt Kontakt zu den Verantwortlichen Norbert Zösch, Haßfurter Stadtwerk-Chef, und Nils Müller, Greenpeace-Energy-Vorstand, aufzunehmen und den Kreistag umfassend über die Erfahrungen zu informieren und mit Hilfe kompetenter Berater eine mögliche Umsetzung im Landkreis Rems-Murr zu überprüfen.

Umstieg 21 – Baustellen umnutzen!

Stuttgart 21 wird teurer als geplant, seine Finanzierung ist nicht geklärt, so dass auch weitere Kosten auf das Land, die Region, den Kreis, den Steuerzahler und den Nutzer des ÖPN zukommen werden, zu welchem Anteil auch immer. Diesbezüglich, Frau Wilhelm besteht kein Verständnis der Bevölkerung gegenüber der Politik, denn schließlich ist auch privat eine Fortsetzung des Baus ohne finanzielle Mittel nicht möglich.

Der Kreistag möge daher beschließen:

Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt, die Arbeitsgruppe Umstieg 21 zu einem Vortrag über das Konzept Umstieg 21 einzuladen, um darüber informiert zu werden, wie auf dem Stand der aktuellen Bauarbeiten ein, günstigeres, schnell umsetzbares, ökologischeres, energieeffizienteres und zukunftsorientiertes Verkehrsnetz umgesetzt werden kann.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich bedanke mich vor allem bei allen Menschen, die zum Wohl des Kreises beitragen und wünsche noch einen schönen Abend. Vielen Dank!“

Auszüge:



3 Amt für Finanzen

§ 2

Änderung der Allgemeinen Vorschrift des Verbands Region Stuttgart

Bereits übersandte Drucksache: 2016-112-UVA24.10.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Der Kreistag stimmt der Neufassung der Allgemeinen Vorschrift des Verbands Region Stuttgart (Anlage 1) zum 01.01.2017 zu. Die derzeit bestehende Allgemeine Vorschrift wird hierdurch ersetzt.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 3

Bekanntgaben und Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel verweist auf die im Sitzungsraum angeschlagenen nichtöffentlichen Beschlüsse des Kreistags vom 17.10.2016:
 - Frau Stefanie Böhm wird zur Kreisoberamtsrätin befördert und zum 1. November 2016 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 gD eingewiesen.
 - Herr Frank Schneider wird zum Kreisoberamtsrat befördert und zum 1. Oktober 2016 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 gD eingewiesen.
 - Frau Petra Bittinger wird zum 1. November 2016 zur Kreisverwaltungsdirektorin befördert und zum 1. November 2016 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 eingewiesen.

2. Herr Dilli, Straßenbauamt, antwortet auf Frage von Kreisrat Härtner, es sei geplant, dass die Murrbrücke zwischen Backnang und Steinbach (K 1897) in der nächsten Woche wieder einspurig freigegeben werde.



Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert